

ARBEITSRECHT IN DER BETRIEBLICHEN PRAXIS
Band 32

Die betriebliche Alters- versorgung nach dem Betriebsrentengesetz 2005

**Umsetzung des Alterseinkünftegesetzes
in der Praxis**

von

Dr. Christoph Bode

Rechtsanwalt

und

Thomas Obenberger

Rechtsanwalt

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über dnb.ddb.de abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

[ESV.info/3 503 08708 7](http://ESV.info/3_503_08708_7)

ISBN 3 503 08708 7

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2005

www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Satz und Druck: Danuvia, Neuburg

Vorwort

Der Beginn des Jahres 2005 ist für das Recht der betrieblichen Altersversorgung mit einigen einschneidenden Änderungen verbunden, welche insbesondere das Steuer-, aber auch das Arbeitsrecht der so genannten „zweiten Säule“ der Versorgung betreffen.

So misst der Gesetzgeber mit dem Alterseinkünftegesetz der lebenslangen Altersversorgung erhebliches Gewicht bei und bevorzugt diese Leistungsform vor der Auszahlung einmaliger Kapitalbeträge. Arbeitsrechtlich wirkt sich diese Fokussierung auf lebenslange Leistungen in einer Reduzierung der Abfindungsmöglichkeiten von Versorgungsrechten aus. Steuerrechtlich werden Versorgungsmodelle, welche lebenslange Versorgungsleistungen vorsehen, zumindest bei versicherungsförmigen Durchführungswegen in erheblich stärkerem Maße gefördert als Modelle mit Kapitaleistung.

Darüber hinaus hat der Gesetzgeber die bisher vorherrschende Differenzierung zwischen der vorgelagerten und der nachgelagerten Besteuerung der einzelnen Durchführungswege weiter aufgeweicht, um im Ergebnis eine weitgehende nachgelagerte Besteuerung zu erreichen. Die entsprechenden steuerrechtlichen Änderungen betreffen insbesondere die versicherungsförmigen Durchführungswege Pensionskasse, Direktversicherung und Pensionsfonds. Jedoch sind auch steuerliche Bestimmungen im Bereich der Direktzusage und der Unterstützungskasse von den Änderungen des Gesetzgebers betroffen.

Schließlich soll die berufliche Freizügigkeit auch im Rahmen betrieblicher Versorgungsrechte erleichtert werden. Aus diesem Grunde hat der Gesetzgeber neue Möglichkeiten zur Mitnahme von Versorgungsrechten (sog. Portabilität) geschaffen, welche in Teilbereichen sogar in einem einseitigen Mitnahmerecht des Versorgungsberechtigten gipfeln.

All diese Änderungen haben uns dazu bewegt, für die betriebliche Praxis das neue Umfeld des Betriebsrentengesetzes im größeren Kontext darzustellen. Unser Anliegen ist es, den Betroffenen zielgerichtet die wesentlichen Grundzüge dieser komplexen Rechtsmaterie darzustellen, wie sie sich seit dem Alterseinkünftegesetz ergeben. Hierbei haben wir sowohl das Arbeits-, als auch das Steuer- und das Sozialversicherungsrecht berücksichtigt, da wir der Meinung sind, dass diese drei Rechtsmaterien die Grundlage darstellen, um die vielfältigen Fragen der betrieblichen Altersversorgung sachgerecht angehen zu können. Die weiteren speziellen Rechtsgebiete der Versicherungsauf-

sicht und des Versicherungsvertragsrechts werden insoweit berücksichtigt, als sie zum Verständnis der Materie erforderlich sind.

Betriebsrenten sind für eine funktionierende Wirtschaft ein unerlässlicher Bestandteil. Dieses Buch wurde daher verfasst, um den Firmen und den Arbeitnehmern einen Wegweiser für die aktuellen, wesentlichen Fragen des Betriebsrentenrechts ab dem Jahre 2005 zur Verfügung zu stellen. Es versteht sich nicht als allumfassende Abhandlung sämtlicher Problemstellungen, sondern will das Erfahrungswissen, welches sich im jahrelangen Umgang mit dieser Materie ansammelt, komprimiert und mit Fokus auf die zukünftige Handhabung der betrieblichen Altersversorgung weitergeben.

An dieser Stelle möchten wir uns bei den Kollegen für die umfassende Unterstützung sowie die zahlreichen Hinweise und Anmerkungen bedanken, die sehr zum Gelingen dieses Buches beigetragen haben.

Grünwald, im Februar 2005

Dr. Christoph Bode
Thomas Obenberger

Inhaltsverzeichnis

	Seite	<i>Randnummer</i>
Vorwort	5	
Inhaltsverzeichnis	7	
Abkürzungsverzeichnis	23	
 1 Versorgungszusage	 27	 <i>1–60</i>
1.1 Arbeitsrechtliches Grundverhältnis	27	<i>1–7</i>
1.1.1 Persönlicher Geltungsbereich, Arbeitnehmer- begriff	27	<i>2–4</i>
1.1.2 Sachlicher Anwendungsbereich	30	<i>5–6</i>
1.1.3 Zeitlicher Anwendungsbereich	31	<i>7</i>
1.2 Rechtsbegründungsakte	31	<i>8–18</i>
1.2.1 Individualrechtliche Rechtsgrundlage	32	<i>9–14</i>
1.2.2 Kollektivrechtliche Begründungsakte	33	<i>15–18</i>
1.2.2.1 Betriebsvereinbarung	33	<i>16</i>
1.2.2.2 Richtlinien und Vereinbarungen nach Sprecherausschussgesetz	34	<i>17</i>
1.2.2.3 Tarifvertrag	34	<i>18</i>
1.3 Mitbestimmung des Betriebsrates	35	<i>19–28</i>
1.3.1 Umfang und Grenzen des Mitbestimmungs- rechts	35	<i>19–22</i>
1.3.2 Differenzierung des Mitbestimmungsrechtes nach Durchführungswegen	36	<i>23–25</i>
1.3.3 Unterschiedliche Ausübung des Mitbestim- mungsrechts bei externen Versorgungsträgern	37	<i>26–28</i>
1.4 Zugesysteme	38	<i>29–41</i>
1.4.1 Leistungszusage	38	<i>30</i>
1.4.2 Beitragsorientierte Leistungszusage	39	<i>31–35</i>
1.4.2.1 Autonome Umrechnung	42	<i>34</i>
1.4.2.2 Kapitalmarktorientierte Umrechnung	42	<i>35</i>
1.4.3 Beitragszusage mit Mindestleistung	43	<i>36–41</i>
1.5 Weitere Gestaltungselemente eines Versorgungs- werkes	45	<i>42–57</i>
1.5.1 Allgemeine Leistungsvoraussetzungen	46	<i>43–45</i>
1.5.2 Besondere Leistungsvoraussetzungen	47	<i>46–53</i>

	Seite	Randnummer
1.5.2.1 Feste Altersgrenze	47	47
1.5.2.2 Bezug der vollen vorzeitigen Alters- rente aus der gesetzlichen Rentenver- sicherung	47	48
1.5.2.3 Begriff der Erwerbsminderung	48	49–50
1.5.2.4 Hinterbliebenenbegriff	48	51–52
1.5.2.5 Sonstige Risikobegrenzungsklauseln .	50	53
1.5.3 Bemessungsgrößen	50	54–56
1.5.4 Kapital- oder Rentenzahlung, Auszahlungs- plan	52	57
1.6 Gleichbehandlungsgebot	52	58–60
1.6.1 Europäisches Recht	52	58
1.6.2 Deutsches Gleichbehandlungsrecht	53	59–60
2 Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung	55	61–184
2.1 Allgemeines	55	61–63
2.2 Versorgungsverhältnis in den Durchführungsweegen	56	64–85
2.2.1 Direktzusage	56	64
2.2.2 Unterstützungskasse	56	65–68
2.2.3 Pensionskasse	58	69–74
2.2.4 Direktversicherung	60	75–79
2.2.5 Pensionsfonds	61	80–85
2.3 Steuerrecht der Durchführungswege	63	86–137
2.3.1 Charakteristika der betrieblichen Alters- versorgung	63	87–91
2.3.1.1 Absicherung eines biologischen Risikos	63	87
2.3.1.2 Zum Hinterbliebenenbegriff der betrieblichen Altersversorgung	64	88–90
2.3.1.3 Keine betriebliche Altersversorgung bei Vererblichkeit der Anwartschaften	65	91
2.3.2 Direktzusage	65	92–102
2.3.2.1 Bildung von Pensionsrückstellungen beim Arbeitgeber	65	93–100
2.3.2.2 Steuerliche Situation des Versorgungs- berechtigten	68	101–102
2.3.3 Unterstützungskasse	69	103–108

	Seite	Randnummer
2.3.3.1 Zuwendungen des Arbeitgebers an die Unterstützungskasse	69	103–107
2.3.3.2 Einkommensteuerliches Umfeld	71	108
2.3.4 Steuerrecht der versicherungsförmigen Durchführungswege Pensionskasse, Direkt- versicherung und Pensionsfonds	72	109–137
2.3.4.1 Beiträge an versicherungsförmige Durchführungswege	72	109–124
2.3.4.2 Leistungen aus den versicherungs- förmigen Durchführungsweisen	76	125–132
2.3.4.3 Betriebsausgabenabzug beim Arbeit- geber	82	133–135
2.3.4.4 Steuerliche Behandlung von Eigenbei- trägen des Arbeitnehmers und der hieraus resultierenden Leistungen	82	136–137
2.4 Durchführungswege im Rahmen der Sozialversiche- rung	83	138–163
2.4.1 Anwartschaftsphase	84	142–147
2.4.1.1 Direktzusage und Unterstützungs- kasse	84	142
2.4.1.2 Versicherungsförmige Durchfüh- rungswege Pensionskasse, Direkt- versicherung und Pensionsfonds	84	143–147
2.4.2 Leistungsbezugsphase	86	148–163
2.4.2.1 Beitragsbemessung bei laufenden Leistungen	87	150–158
2.4.2.2 Beitragsbemessung bei Kapitalleistungen	89	159–163
2.5 Wechsel des Durchführungsweges	92	164–184
2.5.1 Mitbestimmung des Betriebsrats	92	165–166
2.5.2 Zustimmung des Arbeitnehmers	92	167–184
2.5.2.1 Wechsel innerhalb eines nicht versiche- rungsförmigen Durchführungsweges .	93	168
2.5.2.2 Wechsel des Durchführungsweges innerhalb der versicherungsförmigen Durchführungswege	93	169–171
2.5.2.3 Wechsel von nicht versicherungsför- migem zu versicherungsförmigem Durchführungsweg	94	172–182

	Seite	Randnummer
2.5.2.4 Wechsel von einem versicherungs- förmigen Durchführungsweg zu einem nicht versicherungsförmigen Durchführungsweg	97	183–184
3 Gesetzliche Unverfallbarkeit einer betrieblichen Versorgungsanwartschaft	99	185–224
3.1 Verwirklichung der Unverfallbarkeitsvoraussetzungen	99	186–193
3.1.1 Versorgungszusagen mit Erteilungsdatum ab dem 1. 1. 2001	99	186–187
3.1.2 Versorgungszusagen mit Erteilungsdatum vor dem 1. 1. 2001	99	188–189
3.1.3 Vorgesetzliche, richterrechtliche Unverfall- barkeit	100	190
3.1.4 Versorgungszusagen aus Entgeltumwandlung	101	191
3.1.5 Versorgungszusagen aus so genannten um- fassten Arbeitnehmer-Eigenbeiträgen	101	192
3.1.6 Vertragliche Unverfallbarkeit	101	193
3.2 Erteilungszeitpunkt einer Versorgungszusage	101	194–199
3.3 Abgrenzung einer Alt- von einer Neuzusage	103	200–202
3.4 Änderungen einer Versorgungszusage	104	203
3.5 Anrechnung von Vordienstzeiten auf Unverfall- barkeitsfristen/Vorschaltzeiten	105	204–207
3.6 Die Ermittlung der Höhe einer gesetzlich unverfall- baren Versorgungsanwartschaft	106	208–222
3.6.1 Die zeiträtierliche Berechnung mit Verände- rungssperre	106	209–214
3.6.2 Ersatzverfahren: Versicherungsvertragliche Lösung als Alternative bei Direktversiche- rung oder Pensionskasse	108	215–217
3.6.3 Berechnung der erreichten Anwartschaft bei beitragsorientierter Leistungszusage und Entgeltumwandlung	109	218–220
3.6.4 Höhe der unverfallbaren Versorgungsanwart- schaft bei einer Beitragszusage mit Mindest- leistung	110	221–222
3.7 Information über die unverfallbare Anwartschaft ..	111	223–224

	Seite	Randnummer
4 Abfindung von Versorgungsrechten	113	225–257
4.1 Bisherige Rechtslage	113	226–230
4.2 Änderung der Abfindungsregelung durch das Alterseinkünftegesetz	115	231–244
4.2.1 Die Neuregelung des § 3 Abs. 2 BetrAVG ...	115	233–238
4.2.2 Erstattung der Beiträge aus der gesetzlichen Rentenversicherung/Abfindung in der Insolvenz	116	239–240
4.2.3 Abfindungsbetrag	117	241–244
4.3 Abfindungsrechte des PSVaG	117	245–246
4.4 Abfindungszahlung entgegen den Grundsätzen des § 3 BetrAVG	118	247
4.5 Besteuerung der Abfindung	118	248–254
4.5.1 Grundsatz	118	248–250
4.5.2 Keine Anwendung von § 3 Nr. 9 EStG	119	251
4.5.3 Anwendung von § 34 EStG – Fünftelungs- regelung	120	252–254
4.6 Sozialversicherungsrechtliche Behandlung von Abfindungen	121	255–257
4.6.1 Abfindung von Anwartschaften	121	255
4.6.2 Abfindung laufender Leistungen	122	256–257
5 Übertragung von Versorgungsrechten	123	258–310
5.1 Allgemeines	123	258
5.2 Normzweck und Anwendungsbereich des § 4 BetrAVG	123	259–265
5.2.1 Schutz des PSVaG und des Versorgungs- berechtigten	123	259–262
5.2.2 Übernahmeberechtigter Versorgungsträger ...	124	263–265
5.3 Erweiterung der Übertragungsmöglichkeiten zum 1. 1. 2005	125	266–269
5.4 Einvernehmliche Übertragung	126	270–275
5.4.1 Übernahme der bestehenden Versorgungs- zusage	126	271
5.4.2 Übernahme auf Grundlage des Übertragungs- wertes	126	272–275

	Seite	Randnummer
5.4.2.1 Erteilung einer wertgleichen Zusage	126	272
5.4.2.2 Geltung der Vorschriften zur Entgeltumwandlung	127	273–275
5.5 Einseitiges Übertragungsrecht des Arbeitnehmers	129	276–281
5.5.1 Geltung für ab dem 1. 1. 2005 erteilte Versorgungszusagen	129	276
5.5.2 Anspruchsadressaten	129	277–280
5.5.3 Begrenzung des Anspruchs durch Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung	130	281
5.6 Ermittlung des Übertragungswertes	130	282–284
5.6.1 Übertragungswert bei Direktzusagen und Unterstützungskassen	130	283
5.6.2 Übertragungswert bei Pensionskassen, Direktversicherungen und Pensionsfonds .	131	284
5.7 Übertragungsmöglichkeit bei Entgeltumwandlung	132	285–287
5.7.1 Übertragungsanspruch nach bisheriger Rechtslage	132	285
5.7.2 Kein gesonderter Übertragungsanspruch für Entgeltumwandlung nach neuem Recht	133	286–287
5.8 Übertragung von Anwartschaften bei Einstellung der Betriebstätigkeit und Liquidation	133	288–290
5.9 Auskunftsanspruch	135	291–296
5.9.1 Erweiterung des bisherigen Informationsanspruchs	135	291–292
5.9.2 Auskunftspflichten des neuen Arbeitgebers	135	293–295
5.9.3 Keine eigenständige Anspruchsgrundlage .	136	296
5.10 Steuerliche Flankierung der Übertragung von Versorgungsrechten	137	297–309
5.10.1 § 3 Nr. 55 EStG bei der Übertragung von Versorgungsrechten	137	297–308
5.10.1.1 Steuerliche Behandlung der Fallgestaltungen des § 3 Nr. 55 EStG . .	137	298–300
5.10.1.2 Von § 3 Nr. 55 EStG nicht erfasste Fälle der Übertragung	138	301–308
5.10.2 Steuerliche Förderung einer Liquidationsübertragung durch § 3 Nr. 65	141	309

	Seite	Randnummer
5.11 Sozialversicherungsrechtliche Behandlung der Übertragung	142	310
6 Vorgezogene Altersrente	143	311–341
6.1 Gesetzliche Regelung des § 6 BetrAVG	143	311–321
6.1.1 Allgemeines	143	311
6.1.2 Leistungsvoraussetzungen	143	312–316
6.1.3 Wegfall der gesetzlichen Rente	145	317–320
6.1.4 Informationspflicht des Arbeitnehmers	145	321
6.2 Ermittlung der Höhe einer vorgezogenen Alters- rente	146	322–327
6.2.1 Ermittlung in Abhängigkeit vom Leistungs- plan	147	325
6.2.2 Anwendung versicherungsmathematischer Abschläge	147	326
6.2.3 Anwendung eines untechnischen versiche- rungsmathematischen Abschlags	148	327
6.3 Ermittlung der Höhe einer vorzeitigen Altersrente aus unverfallbarer Versorgungsanwartschaft	149	328–341
6.3.1 Praxisübliches Vorgehen	149	329
6.3.2 Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts ..	150	330–331
6.3.3 Kritikpunkte zur Rechtsprechung	152	332
6.3.4 Fortentwicklung der Rechtsprechung	152	333–338
6.3.5 Sonstige Aspekte der Rechtsprechung zur vorgezogenen Altersrente aus einer unverfall- baren Versorgungsanwartschaft	154	339–341
7 Anpassung von laufenden Rentenleistungen	157	342–399
7.1 Die Anpassungsverpflichtung im Grundsatz	157	342–349
7.1.1 Schuldner der Anpassungsverpflichtung	157	343–346
7.1.1.1 Arbeitgeber	157	343–345
7.1.1.2 Keine Verpflichtung externer Versorgungsträger	158	346
7.1.2 Anpassungsberechtigte	158	347–348
7.1.3 Rechtsstellung des PSVaG	159	349
7.2 Anpassung von laufenden Leistungen – Abgren- zung zu anderen Leistungen	159	350–352

	Seite	<i>Randnummer</i>
7.3 Prüfungszeitraum und Prüfungszeitpunkt	160	353–355
7.4 Ermittlung des Anpassungsbedarfs	162	356–372
7.4.1 Teuerungsausgleich	162	357–359
7.4.2 Nettolohnbezogene Obergrenze	163	360–362
7.4.3 Wirtschaftliche Lage des Arbeitgebers	164	363–370
7.4.3.1 Prognose der zukünftigen wirtschaftlichen Lage	164	364–365
7.4.3.2 Beurteilungskriterien bei der Prüfung der wirtschaftlichen Lage	165	366–368
7.4.3.3 Sonderfall: Wirtschaftliche Lage des Konzerns – Berechnungsdurchgriff ..	166	369–370
7.4.4 Ermessensentscheidung des Arbeitgebers ...	167	371–372
7.5 Nachholende und nachträgliche Anpassung	167	373–388
7.5.1 Nachholende Anpassung	167	373–381
7.5.1.1 Betrachtungszeiträume bis 31. 12. 1998	168	374–377
7.5.1.2 Betrachtungszeiträume ab 1. 1. 1999 .	168	378–381
7.5.2 Nachträgliche Anpassung	169	382–388
7.5.2.1 Zu Unrecht unterbliebene Anpassung	169	383
7.5.2.2 Ausübung des Rügerechts	170	384–388
7.6 Ausschluss der Anpassungsprüfungs- und Anpassungsentscheidungsverpflichtung	172	389–396
7.6.1 Anpassungsgarantie	172	389–392
7.6.2 Überschussverwendung zugunsten der laufenden Versorgungsleistungen	173	393–394
7.6.3 Beitragszusage mit Mindestleistung	173	395
7.6.4 Auszahlungsplan	173	396
7.7 Anpassung bei Versorgungszusagen aus Entgeltumwandlung	174	397–399
8 Gesetzlicher Insolvenzschutz von Betriebsrenten ...	177	400–455
8.1 Schutzadressaten	177	403–406
8.1.1 Versorgungsempfänger	177	403
8.1.2 Insolvenzschutz von unverfallbaren Versorgungsanwartschaften	177	404–405
8.1.3 Versorgungszusagen an Unternehmer	178	406
8.2 Gesicherte Durchführungswege	178	407–414
8.2.1 Direktzusage	178	408

	Seite	Randnummer
8.2.2 Unterstützungskasse	178	409
8.2.3 Versicherungsförmige Versorgungsträger . . .	179	410–414
8.2.3.1 Pensionskasse	179	411
8.2.3.2 Direktversicherung	179	412
8.2.3.3 Pensionsfonds	179	413–414
8.3 Versicherter Leistungsumfang	180	415–433
8.3.1 Laufende Versorgungsleistungen	180	416
8.3.2 Unverfallbare Versorgungsanwartschaften . .	180	417–420
8.3.2.1 Direktzusage und Unterstützungskasse	181	418
8.3.2.2 Pensionsfonds	181	419
8.3.2.3 Direktversicherung	181	420
8.3.3 Entgeltumwandlung	181	421–423
8.3.4 Höchstgrenzen des Insolvenzschutzes	182	424–432
8.3.4.1 Allgemeine Höchstgrenze gemäß § 7		
Abs. 3 BetrAVG	182	425–428
8.3.4.2 Sicherungsbeschränkungen gemäß § 7		
Abs. 5 BetrAVG	183	429–432
8.3.5 Rentenanpassung	184	433
8.4 Sicherungsfall	185	434–437
8.4.1 Gerichtliche Sicherungsfälle	185	435
8.4.2 Außergerichtliche Sicherungsfälle	185	436–437
8.4.2.1 Außergerichtlicher Vergleich		
(§ 7 Abs. 1 Satz 4 Nr. 2 BetrAVG) . . .	185	436
8.4.2.2 Vollständige Beendigung der Betriebs-		
tätigkeit	186	437
8.5 Beitragspflichten und Beitragsbemessung	186	438–449
8.5.1 Schuldner der PSVaG-Beiträge	186	438–443
8.5.2 Bemessung der PSVaG-Beiträge	187	444–449
8.5.2.1 Direktzusage	188	446
8.5.2.2 Unterstützungskasse	188	447
8.5.2.3 Direktversicherung	188	448
8.5.2.4 Pensionsfonds	188	449
8.6 Übergang von Forderungen und Vermögen im		
Sicherungsfall	189	450–455
8.6.1 Übergang von Forderungen im Sicherungsfall	189	450–452
8.6.2 Vermögensübergang bei Unterstützungskassen	189	453–454
8.6.3 Vermögensübergang bei Pensionsfonds	190	455

	Seite	Randnummer
9 Entgeltumwandlung	191	456–527
9.1 Entstehungsgeschichte	191	456–458
9.2 Zustandekommen einer Entgeltumwandlung	191	459–472
9.2.1 Vereinbarung über Herabsetzung zukünftig fälliger Entgeltansprüche	192	460–466
9.2.2 Die Versorgungszusage auf Leistungen der betrieblichen Altersversorgung	193	467–469
9.2.3 Gleichwertigkeit zwischen Entgeltansprüchen und Anwartschaften auf betriebliche Alters- versorgung	194	470
9.2.3.1 Rechnungszins	195	471
9.2.3.2 Verwaltungskosten	195	472
9.3 Einführung des gesetzlichen Anspruchs auf Entgelt- umwandlung	196	473–480
9.3.1 Ausschluss des Anspruchs wegen einer bereits bestehenden betrieblichen Alters- versorgung aus Entgeltumwandlung	196	475
9.3.2 Umsetzung des Anspruchs auf Entgelt- umwandlung durch Vereinbarung	196	476–478
9.3.3 Umsetzung des Anspruchs auf Entgelt- umwandlung bei Scheitern einer Vereinbarung	197	479
9.3.4 Fortführung der Entgeltumwandlung in Zeiten eines ruhenden Arbeitsverhältnisses ..	198	480
9.4 Die Rolle der Tarifvertragsparteien im Rahmen der Entgeltumwandlung	198	481–483
9.4.1 Aufgabe und Kompetenzen der Tarifvertrags- parteien	198	481–482
9.4.2 Geltung des Tarifvertrages	199	483
9.5 Unverfallbarkeit einer Versorgungsanwartschaft aus Entgeltumwandlung	199	484–488
9.6 Rentenanpassung	201	489–491
9.7 Entgeltumwandlung bei Alt- und Neuzusage	202	492–494
9.8 Der gesetzliche Insolvenzschutz für Versorgungszusagen aus Entgeltumwandlung	202	495–502
9.8.1 Sofortiger gesetzlicher Insolvenzschutz für ab dem 1. 1. 2002 erteilte Versorgungszusagen	202	495

	Seite	Randnummer
9.8.2 Geltung der allgemeinen Unverfallbarkeitsvoraussetzungen für vor dem 1. 1. 2001 erteilte Versorgungszusagen	203	496
9.8.3 Umfang der Insolvenzversicherung	203	497–502
9.8.3.1 Ab dem 1. 1. 2001 erteilte Versorgungszusagen	203	497–501
9.8.3.2 Vor dem 1. 1. 2001 erteilte Versorgungszusagen	204	502
9.9 Abfindung von Versorgungsrechten aus Entgeltumwandlung	204	503
9.10 Übertragung von Versorgungsrechten aus Entgeltumwandlung	205	504
9.11 Übergangsbestimmungen zur Entgeltumwandlung	205	505–506
9.12 Besondere steuerliche Aspekte bei Entgeltumwandlungszusagen	209	507–510
9.12.1 Rechtzeitiger Abschluss der Vergütungsvereinbarung	209	508
9.12.2 Beibehaltung der Bemessungsgrundlage bei Entgeltumwandlung	210	509
9.12.3 Dotierung der Entgeltumwandlung aus Zeit-Wertguthaben	211	510
9.13 Exkurs: Die steuerliche Förderung nach § 10a, Abschnitt XI EStG im Rahmen der Entgeltumwandlung	211	511–520
9.13.1 Anspruchsberechtigter Personenkreis	211	512–514
9.13.2 Spezielle Fördervoraussetzungen für die betriebliche Altersversorgung	212	515–517
9.13.3 Höhe der Zulagen und Änderung der Besteuerung bei einer Förderung gemäß § 10a, Abschnitt XI EStG	213	518–520
9.14 Sozialversicherung bei Entgeltumwandlung	213	521–523
9.14.1 Anwartschaftsphase	214	522
9.14.2 Leistungsbezugsphase	215	523
9.15 Betriebliche Altersversorgung aus Arbeitnehmer-eigenbeiträgen	215	524–527

	Seite	Randnummer
10 Abänderung von Versorgungsregelungen	217	528–584
10.1 Art der Abänderung	217	529
10.2 Rechtsgrundlage des jeweiligen Versorgungswerks	218	530–534
10.2.1 Einzelzusage	218	531
10.2.2 Individualrechtliche Versorgungsregelungen mit kollektivem Bezug	218	532–533
10.2.3 Kollektivrechtliche Zusagen	218	534
10.3 Schließung oder Ablösung einer Versorgung auf Grundlage einer Einzelzusage	219	535–543
10.3.1 Schließung	219	535
10.3.2 Ablösung durch eine neue Regelung	219	536–543
10.3.2.1 Einvernehmliche Änderung	219	536
10.3.2.2 Jeweiligkeitsklausel	219	537–538
10.3.2.3 Einseitiger Eingriff wegen Störung der Geschäftsgrundlage	220	539–542
10.3.2.4 Änderungskündigung	221	543
10.4 Schließung oder Ablösung eines Versorgungswerkes auf Grundlage einer individualrechtlichen Versorgungszusage mit kollektivem Bezug	222	544–555
10.4.1 Schließung des Versorgungswerks für Neueintritte	222	544–546
10.4.2 Ablösung des Versorgungswerks durch eine neue Regelung	222	547–548
10.4.2.1 Jeweiligkeitsklausel	222	547
10.4.2.2 Einseitiger Eingriff des Arbeitgebers wegen Störung der Geschäftsgrundlage	223	548
10.4.3 Ablösung durch Betriebsvereinbarung	223	549–555
10.4.3.1 Umstrukturierende Betriebsvereinbarung	223	550
10.4.3.2 Verschlechternde Betriebsvereinbarung	224	551–555
10.5 Schließung oder Ablösung eines auf kollektivrechtlicher Grundlage beruhenden Versorgungswerks	225	556–580
10.5.1 Schließung des Versorgungswerks für Neueintritte	225	556–560

	Seite	Randnummer
10.5.1.1 Schließung durch neue kollektivvertragliche Regelung	225	557
10.5.1.2 Kündigung der bestehenden kollektivvertraglichen Regelung . .	225	558–560
10.5.2 Ablösung des kollektivrechtlich begründeten Versorgungswerkes	226	561–569
10.5.2.1 Ablösung der bestehenden kollektiven Regelung	226	561
10.5.2.2 Ablösung über Jeweiligkeitsklausel	226	562
10.5.2.3 Ablösung durch neue kollektivrechtliche Regelung	226	563
10.5.2.4 Ablösung durch Kündigung	227	564–569
10.5.3 Inhaltliche Anforderungen an die Ablösung eines kollektivrechtlich begründeten Versorgungswerkes	229	570–580
10.5.3.1 Auf Betriebsvereinbarung beruhende Ablösungen	229	570–578
10.5.3.2 Abänderung durch Tarifvertrag . .	232	579–580
10.6 Ermittlung unverfallbarer Versorgungsansprüchen nach einer verschlechternden Abänderung des Versorgungswerkes	234	581–584
10.6.1 Urteil des Landesarbeitsgerichtes Hamburg	234	582
10.6.2 Urteil des Bundesarbeitsgerichtes vom 18. 3. 2003	234	583
10.6.3 Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 16. 12. 2003	235	584
11 Die betriebliche Altersversorgung bei Unternehmensveräußerungen	237	585–622
11.1 Anwendungsbereich des § 613a BGB	237	589
11.2 Das Grundprinzip des § 613a Abs. 1 BGB	237	590
11.3 Die Fallkonstellationen des § 613a BGB	238	591–603
11.3.1 Individualrechtliche Veräußerer-Regelung trifft auf fehlende Regelung des Erwerbers	238	592

	Seite	Randnummer
11.3.2 Kollektivrechtliche Veräußerer-Regelung trifft auf fehlende Regelung des Erwerbers	238	593–594
11.3.2.1 Regelfall: Transformation der kollektivrechtlichen Regelung in das einzelne Arbeitsverhältnis . . .	238	593
11.3.2.2 Ausnahme: Betriebsidentität	239	594
11.3.3 Fehlende Veräußerer-Regelung trifft auf individual- bzw. kollektivrechtlich geregelte Erwerber-Versorgung	239	595–597
11.3.3.1 Ausschluss übergehender Mitarbeiter von dem Versorgungswerk des Erwerbers	240	596
11.3.3.2 Aufnahme übergehender Mitarbeiter in das Versorgungswerk des Erwerbers	240	597
11.3.4 Risiko einer Doppelversorgung bei Kombinationen zwischen individual- und kollektivrechtlichen Versorgungsregelungen .	241	598
11.3.5 Kollektivrechtliche Regelungen bei Veräußerer und Erwerber	242	599–603
11.3.5.1 Keine Verdrängung bei Betriebsidentität	242	600
11.3.5.2 Zusammentreffen kollektivrechtlicher Regelungen unterschiedlicher Ebenen bei Verlust der Betriebsidentität	242	601
11.3.5.3 Tarifvertragliche Regelungen im Betriebsübergang	243	602
11.3.5.4 Besitzstandswahrung bei Ablösung gemäß § 613a Abs. 1 Satz 3 BGB	243	603
11.4 Besonderheiten bei unterschiedlichen Durchführungswegen	245	604–607
11.4.1 Unterstützungskasse	245	605
11.4.2 Direktversicherung	245	606
11.4.3 Pensionskassen/Pensionsfonds	246	607
11.5 Finanzierungsaspekte der betrieblichen Altersversorgung beim Unternehmenskauf	246	608–609

	Seite	Randnummer
11.5.1 Direktzusagen und Unterstützungskassenversorgung	246	608
11.5.2 Durchführung über versicherungsförmige Durchführungswege	247	609
11.6 Informationspflichten im Rahmen eines Betriebsübergangs	247	610–613
11.7 Abänderung von Versorgungsregelungen nach einem Betriebsübergang	248	614–615
11.8 Betriebsübergang in der Insolvenz	248	616
11.9 Anwendung des § 613a BGB bei Vorgängen nach dem Umwandlungsgesetz und bei Gesellschafterwechsel	249	617–618
11.9.1 Vorgänge nach Umwandlungsgesetz	249	617
11.9.2 Gesellschafterwechsel	249	618
11.10 Unverfallbar ausgeschiedene Mitarbeiter und Rentner im Betriebsübergang	250	619–622
12 Contractual Trust Arrangement im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung	253	623–657
12.1 „Auslagerung“ von Pensionsrückstellungen nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ..	253	623–634
12.1.1 Hintergrund	253	623
12.1.2 Konzept eines Contractual Trust Arrangement – CTA	254	624–628
12.1.3 Ausgestaltung von Treuhandmodellen	255	629–633
12.1.4 Herstellung einer privaten Insolvenz-sicherung	257	634
12.2 Einbindung des CTA in die Gestaltung eines Versorgungswerks – Fondsgebundene Direkt-zusage	258	635–651
12.2.1 Verknüpfung der Versorgungsleistung mit der Wertentwicklung des separierten Sondervermögens	258	636–639
12.2.2 Leistungsplangestaltung	260	640–651
12.2.2.1 Beitragsorientierte Leistungs-zusage	260	640
12.2.2.2 Garantierte Mindestleistung	260	641–643

	Seite	<i>Randnummer</i>
12.2.2.3 Schwankungsreserve	261	644
12.2.2.4 Überschusszuweisung	262	645–650
12.2.2.5 Fondsgebundene Direktzusage aus Entgeltumwandlung	264	651
12.3 Vermögensanlage	265	652–653
12.4 Steuerrechtliches Umfeld	265	654–656
12.4.1 Besteuerung wie bei der Direktzusage . . .	265	654
12.4.2 Steuerwirkung des separierten Sonder- vermögens	266	655–656
12.4.2.1 Kein Abzug von Betriebsausgaben	266	655
12.4.2.2 Steuerliche Behandlung von Erträ- gen aus dem Sondervermögen . . .	267	656
12.5 Sozialversicherungsrechtliches Umfeld	267	657
 Anhang		
– Betriebsrentengesetz (BetrAVG) – Auszug	271	
– BMF-Schreiben vom 17. 11. 2004 – Auszug	297	
 Stichwortverzeichnis	317	